

Gemeinsame Vereinbarung
über erweiterte Präventionsmaßnahmen
zur Verhinderung des Eintrags und der Weiterverbreitung der Geflügelpest

vom 24. November 2022

Verantwortlich für die Umsetzung dieser Vereinbarung sind alle Geflügelhalterinnen und Geflügelhalter im gesamten Land Nordrhein-Westfalen. Dies gilt unabhängig davon, welche Geflügelart, in welcher Stückzahl, zu welchem Zweck oder in welcher Haltungsform gehalten wird. Zur Vermeidung des Eintrags und der Weiterverbreitung der Geflügelpest in Geflügelhaltungen sind Biosicherheitsmaßnahmen und die in dieser Vereinbarung aufgeführten Präventionsmaßnahmen in allen Geflügelhaltungen konsequent umzusetzen.

Deutschland und Europa erleben seit Herbst 2020 die stärkste Geflügelpest-Epidemie aller Zeiten. Von der Viruserkrankung ist seither eine Vielzahl von sowohl kommerziellen Betrieben als auch Hobbyhaltungen betroffen. Auch die nordrhein-westfälischen Geflügelhalterinnen und Geflügelhalter sind massiv durch die wiederholten Seuchenzüge beeinträchtigt. In der Saison 2020/2021 wurde das hochpathogene Virus alleine zwischen März und Juni 2021 in dreizehn Geflügelhaltungen nachgewiesen. Insbesondere über das Reisegewerbe wurde die Tierseuche in dieser Zeit in zahlreiche Kontaktbetriebe, auch in andere Bundesländer verschleppt. Nach einer kurzen Beruhigung in den Sommermonaten wurde Nordrhein-Westfalen im Winter 2021/2022 mit einem weiteren Seuchenzug konfrontiert. Zwischen November 2021 und Februar 2022 mussten bereits elf geflügelhaltende Betriebe geräumt und sämtliche Tiere getötet werden. Das Geflügelpestgeschehen ist in diesem Jahr auch in den Sommermonaten nie ganz erloschen. Die fortgesetzte Zirkulation des Virus in der Wildgeflügelpopulation hat inzwischen zu einer endemischen Situation und zu einem ganzjährig bestehenden Infektionsrisiko geführt. Seit Mai 2022 kam es immer wieder zu Ausbrüchen der Geflügelpest in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Seit Anfang Oktober dieses Jahres ist auch Nordrhein-Westfalen erneut wieder von Geflügelpestausrüchen in Betrieben betroffen. Der Infektionsdruck aus der Wildvogelpopulation hält unverändert an. Die Geflügelpest stellt inzwischen nachweislich eine ganzjährige Bedrohung dar, die nicht nur die hiesige Geflügelwirtschaft, sondern auch im Bereich der privaten Tierhaltung Tierhalterinnen und Tierhalter in den betroffenen Regionen schwer belastet.

Der saisonale Zug von Wildvögeln erhöht das Risiko des Eintrags der Geflügelpest zusätzlich. Im Hinblick auf das dynamische aktuelle Seuchengeschehen in Nordrhein-Westfalen ist es deshalb geboten, unverzüglich und gemeinsam präventive Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Einträge des Virus in unsere Geflügelbestände in Nordrhein-Westfalen zu verhindern und einer Weiterverbreitung der Tierseuche aktiv entgegenzuwirken.

Die in dieser Vereinbarung aufgeführten Maßnahmen konkretisieren angesichts der aktuellen Seuchenlage in Nordrhein-Westfalen die Eigenverantwortung der Geflügelhalter und Geflügelhalterinnen zur Tierseuchenprävention in Anlehnung an Artikel 10 der Verordnung (EU) 2016/429 (Tiergesundheitsrechtsakt). Die vorliegende Vereinbarung versteht sich als von Unternehmens- und Branchenverbänden, Organisationen und Behörden gemeinsam erstellter Leitfaden zur Erforderlichkeit von Maßnahmen zur Tierseuchenprävention. Der Leitfaden ist von allen Geflügelhaltenden anzuwenden. Bei schuldhaften Rechtsverstößen gegen eine Vorschrift des Tiergesundheitsgesetzes oder des europäischen Tiergesundheitsrechts kann die Tierseuchenkasse nach § 18 Tiergesundheitsgesetz die Gewährung von Leistungen versagen.

In Anbetracht der aktuellen Seuchenlage, die nicht nur mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Einbußen für die gesamte Geflügelwirtschaft in Nordrhein-Westfalen einhergeht, sondern in der Folge der Ausbrüche in Hausgeflügelbeständen auch mit erheblichem Leid für die betroffenen Tiere und Tierhaltenden verbunden ist, schließen die Unterzeichnenden daher folgende gemeinsame Vereinbarung ab:

1. Betriebseigene Biosicherheitsmaßnahmen

Rechtlich geforderte Biosicherheitsmaßnahmen in Geflügelhaltungen sind umgehend in eigener Verantwortung zu überprüfen und, falls erforderlich, kurzfristig zu verbessern. Es gilt, den direkten und indirekten Kontakt von Haus- und Wildvögeln weitestgehend zu vermeiden. Besucherkontakte sind auf das betriebsnotwendige Minimum zu beschränken und zu dokumentieren. Bei der Versorgung des Geflügels durch betriebsfremde Personen ist unabhängig von der Bestandsgröße Einweg-Schutzkleidung anzulegen und nach Verlassen der Tierhaltung unschädlich zu beseitigen. Betriebsinhaber und/oder Mitarbeitende müssen stallspezifische Schutzkleidung und Schuhe oder Überschuhe tragen. Ein- und Ausgänge zu Ställen und sonstigen Standorten des Geflügels sind gegen unbefugten Zutritt oder unbefugtes Befahren zu sichern. In Geflügelbeständen, in denen mehr als 1.000 Stück Geflügel gehalten werden, gelten die allgemeinen Schutzmaßnahmen aus § 6 der Geflügelpest-Verordnung fort.

2. Stallpflichten

Wer Geflügel im Freien hält, muss für den Fall behördlich angeordneter Stallpflichten entsprechende Unterbringungsmöglichkeiten vorsehen. Hierbei ist zu beachten, dass jeglicher Kontakt zu Wildvögeln, auch über Kot, weitestgehend zu verhindern ist. Bei Haltungssystemen, die unter Tierschutzgesichtspunkten zwingend einen Auslauf der Tiere vorsehen (z. B. Hühnermobilställe) sind erforderlichenfalls mobile Volieren an den Stallbereich anzubauen. Volieren oder Wintergärten bzw. Kaltscharräume müssen so

eingrichtet werden, dass kein Wildvogelkot von oben hineinfallen kann und auch keine Wildvögel eindringen können.

3. Fütterung und Tränkung

Wer Geflügel hält, hat unabhängig von behördlich angeordneten Stallpflichten sicherzustellen, dass

- a) die Tiere nur an Stellen zusätzlich gefüttert werden, die für Wildvögel nicht zugänglich sind,
- b) die Tiere nicht mit Oberflächengewässer, zu dem Wildvögel Zugang haben, getränkt werden und
- c) zusätzliches Futter, Einstreu und sonstige Gegenstände, mit denen Geflügel in Berührung kommen kann, für Wildvögel unzugänglich aufbewahrt wird.

4. Früherkennung

Treten innerhalb von 24 Stunden in einem geflügelhaltenden Bestand oder einem räumlich abgegrenzten Teil des Bestandes Verluste von

- a) **mindestens drei Tieren bei einer Größe des Bestandes oder des räumlich abgegrenzten Teils des Bestandes von bis einschließlich 100 Tieren oder**
- b) **mehr als 1 vom Hundert der Tiere bei einer Größe des Bestandes oder des räumlich abgegrenzten Teils des Bestandes von mehr als 100 Tieren**

auf oder kommt es zur **Abnahme der üblichen Legeleistung oder der durchschnittlichen Gewichtszunahme von jeweils mehr als 5 vom Hundert**, so hat die Geflügelhalterin oder der Geflügelhalter unverzüglich durch seinen Tierarzt/ seine Tierärztin das Vorliegen einer Infektion mit dem hochpathogenen aviären Influenzavirus (durch geeignete Untersuchungen) ausschließen zu lassen.

5. Monitoring für die Abgabe lebenden Geflügels aus dem Bestand

Geflügel muss je nach Herkunft und Zweck risikoorientiert beprobt werden.

a) Falltier-Monitoring

In allen geflügelhaltenden Betrieben in Nordrhein-Westfalen mit mehr als 100 Tieren sind ein Mal pro Woche verendete Tiere molekularbiologisch über den bestandsbetreuenden Hoftierarzt/ die Hoftierärztin untersuchen zu lassen (maximal fünf Tiere je Betrieb und Untersuchung).

In Betrieben mit weniger als 100 Tieren sind verendete Tiere mit unklarer Todesursache differentialdiagnostisch auf hochpathogenes aviäres Influenzavirus zu untersuchen.

b) Monitoring bei Abgabe

In geflügelhaltenden Betrieben, die Wassergeflügel im Reisegewerbe oder zu anderen Handelszwecken abgeben, sind die abzugebenden Tiere zusätzlich zum oben beschriebenen Falltiermonitoring innerhalb von längstens 72 Stunden vor dem Verbringen tierärztlich molekularbiologisch untersuchen zu lassen. Die Untersuchung umfasst mindestens 20 Tiere mit einer Tracheal- und Kloakentupferprobe (Doppelprobe), bzw. alle Tiere, wenn weniger als 20 Tiere abgegeben werden. Die molekularbiologische Untersuchung erfolgt in einer akkreditierten Untersuchungseinrichtung. Eine Bescheinigung über die negative Untersuchung hat die Tiere während des Transportes bis zum Bestimmungsort zu begleiten und ist dem neuen Geflügelhalter/der neuen Geflügelhalterin mit den Tieren zu übergeben.

In geflügelhaltenden Betrieben, die Hühnervögel im Reisegewerbe oder zu anderen Handelszwecken abgeben, sind innerhalb von 72 Stunden vor dem Verbringen vorhandene Falltiere zu untersuchen. Sollten keine Falltiere vorliegen, sind wie unter Nummer 5 b) zu Wassergeflügel geregelt, 20 Tiere molekularbiologisch zu untersuchen. Eine Bescheinigung über die negative Untersuchung hat die Tiere während des Transportes bis zum Bestimmungsort zu begleiten und ist dem neuen Geflügelhalter/der neuen Geflügelhalterin mit den Tieren zu übergeben.

Generell gilt: Geflügelhalterinnen und Geflügelhalter haben die zuständige Veterinärbehörde unverzüglich über jeden Nachweis eines hochpathogenen aviären Influenzavirus zu unterrichten.

6. Geflügelausstellungen und Geflügelmärkte

Die Organisation von Geflügelausstellungen und Geflügelmärkten ist aufgrund der aktuellen Geflügelpest-Lage so weit wie möglich zu beschränken. Bei der Planung und Durchführung solcher Veranstaltungen ist im Übrigen darauf zu achten, dass das präsentierte Geflügel innerhalb von längstens 72 Stunden vor der Teilnahme nachweisbar tierärztlich molekularbiologisch untersucht worden ist.

7. Vorgaben für zoologische Einrichtungen und Tierparks

Die vorliegende Vereinbarung findet keine Anwendung in zoologischen Einrichtungen und Tierparks. Hier werden spezifische Maßnahmen zur Biosicherheit und zur Prävention gegen die Geflügelpest ergriffen.

8. Geltungsvorrang tierseuchenrechtlicher Verfügungen

Tierseuchenrechtliche Verfügungen der zuständigen Behörden, die von dieser Vereinbarung Abweichendes bestimmen, sind unbeschadet dieser Vereinbarung zu befolgen.

9. Geltungsdauer der gemeinsamen Vereinbarung

Diese Vereinbarung tritt mit Leistung der letzten Unterschrift in Kraft und gilt bis zum 30. April 2023. Die Geltungsdauer kann einvernehmlich verkürzt werden, insbesondere, wenn die Geflügelpestlage in Nordrhein-Westfalen dies vor Ablauf der Geltungsdauer zulässt.

10. Evaluierung der gemeinsamen Vereinbarung

Eine Evaluierung der Vereinbarung ist für Mitte Februar 2023 geplant. Das Ergebnis der Evaluation wird den Unterzeichnenden vorgestellt.

Düsseldorf, den 24. November 2022

Für das Ministerium für Landwirtschaft,
und Verbraucherschutz des Landes
Nordrhein-Westfalen



Für die Landwirtschaftskammer
Nordrhein-Westfalen



Für die Landesvereinigung Ökologischer
Landbau Nordrhein-Westfalen e. V.



Für die Tierärztekammer Nordrhein



Für den Landesverband der
Rassegeflügelzüchter Westfalen-Lippe e. V.



Für den Geflügelwirtschaftsverband
Nordrhein-Westfalen e. V.



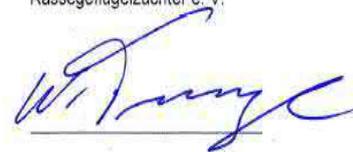
Für den Westfälisch-Lippischer
Landwirtschaftsverband e. V.



Für die Tierärztekammer Westfalen-Lippe



Für den Landesverband Rheinischer
Rassegeflügelzüchter e. V.



Für den Rheinischen
Landwirtschafts-Verband e.V.